

„Nichts wird mehr so sein wie vorher“

Für Gemeinschaftsministerin Isabelle Weykmans (PFF) ist die Lage im Kulturbereich angesichts der Coronakrise „angespannt“. Die DG will helfen, so gut es geht. Für ihren Kompetenzbereich Beschäftigung soll Ende April ein zweites Krisendekret im Parlament verabschiedet werden. Was genau geplant ist, erklärt die PFF-Ministerin im Interview mit dem GrenzEcho.

VON CHRISTIAN SCHMITZ

Wie haben Sie den Ausbruch der Coronakrise erlebt?

Vor sechs Wochen noch hätte niemand damit gerechnet, dass der Covid-19 die ganze Welt in Atem hält und sie in großen Teilen zum Stillstand bringt. Niemand hätte vorher gedacht, dass es möglich wäre, ständig zu Hause zu sein, seine Familie und Freunde nicht mehr sehen zu können, den materiellen Konsum auf Pause zu stellen, noch mehr über sein Smartphone zu erledigen für Arbeit, Schule und Sozialleben – und das von jetzt auf gleich. In dieser Krise ist schnell bewusst geworden, dass, wenn es um Menschenleben geht und man den Kollaps unseres Gesundheitswesens vermeiden will, man drastische Beschränkungsmaßnahmen ergreifen muss, um die humanitäre Katastrophe zu vermeiden. Und wenn uns das gelingt, dann ist das der Verdienst aller, die sich solidarisch zeigen und sich an die Maßnahmen halten. Nach dieser Krise werden wir uns in vielerlei Hinsicht neu orientieren müssen, sowohl individuell als auch gesellschaftlich. Ich glaube, nichts wird mehr so sein wie vorher.

Wie geht es nach der Krise weiter?

Für Ostbelgien, unser Land und Europa ist dies wohl die größte Krise, die wir in Friedenszeiten je gekannt haben und die uns damit ebenfalls vor nie dagewesene Herausforderungen stellt. Wir müssen, jeder Mensch, jeder in seiner Verantwortung, mit Mut und Willenskraft vorgehen, kleine und große Probleme lösen und zusammen, im Netzwerk und in Partnerschaft agieren. Denn diese Solidarität macht uns stärker. Wenn die akute gesundheitliche Krise gebannt ist, muss das gerade Genannte weitergeführt werden und mit Besonnenheit und Tatendrang unser Zusammenleben, unsere Heimat mit all ihren Stärken und unsere Wirtschaft wiederaufgebaut werden.

Wie sieht Ihr Alltag aus?

Wir sind seit dem 12. März im Krisenmodus. Krise gleich Veränderung. Mein Arbeitsalltag hat sich insofern verändert, als dass ich nicht mehr so viel mit dem Auto unterwegs bin. Viele geplante Arbeitstreffen und Veranstaltungen in der DG, Belgien und im Grenzgebiet, an denen ich teilnehmen wollte, wurden abgesagt oder verschoben. Die Arbeit ist nun gleich Krisenbewältigung, auf Anfragen aller Art, Ängste, Existenzängste, Notsituationen, besonnen, sachlich und koordiniert antworten, zu jeder Tageszeit über jeden Kommunikationskanal, den es gibt. Prioritär wird alles bear-

beitet, was direkt eine Konsequenz und/oder mit dem Virus zu tun hat. Rundschreiben an alle Einrichtungen versenden, aktuelle Akten noch schneller als sonst bearbeiten. Krisendekrete vorbereiten und Maßnahmen entwickeln, um die Einrichtungen und Vereinigungen jetzt und in einer zweiten Phase angemessen zu unterstützen. Damit wir den Bestand - so gut es geht - aufrechterhalten können.

Was ist mit den Projekten, die wegen der Krise auf Eis liegen?

Die Projekte, die wir bereits vor der Krise angestoßen und die aufgrund der Konsequenzen der Krise noch mehr an Bedeutung gewonnen haben, dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Wie die Reformprojekte im Bereich der Beschäftigung oder der Sportförderung, um nur zwei Beispiele zu nennen. Man ist also auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig aktiv. Mit meinem Team, meinen Kollegen, mit der Verwaltung wird nur über Videokonferenz kommuniziert. Und so bin ich auch abends - ungewöhnlicherweise - zu Hause und arbeite von da aus, was ich wirklich sehr schätze. Und eine Stunde Aufgaben und Lesen mit meiner Tochter am Tag baue ich ein, um den Rhythmus des normalen Schullaltags für uns beide beizubehalten.

Eine Frage an Sie in Ihrer Eigenschaft als Medienministerin: Glauben Sie, dass Instrumente wie Videokonferenzen verstärkt genutzt werden?

Das wünsche ich mir. Es ist wirklich einfach zu nutzen, ermöglicht kurze Besprechungen mit mehr oder weniger Teilnehmern. Und mit Applikationen wie Team Microsoft kann man auch gemeinsam Dokumente besprechen und direkt bearbeiten. Man muss sich nur dran gewöhnen. Ich empfinde hier die Krise auch als ganz klare Chance, viele Kilometer einsparen zu können, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern und auch Zeit zu sparen. Eins ist klar: Alle Teilnehmer kommen in den Videokonferenzen schneller zum Wesentlichen. Bei schwierigen und sensiblen Themen und Verhandlungen bin ich wiederum der Meinung, dass der persönliche Kontakt immer noch entscheidend für die gute Kommunikation ist. Auch das Skypen mit meinen Freunden zurzeit sehr spannend, weil es neu und ungewohnt ist. Trotzdem ist mir doch das reale Beisammensein viel lieber.

Was tut die DG-Regierung konkret, um dem Kultursektor zu helfen?

Bereits am 13. März haben wir erste Rundschreiben an alle geförderten Einrichtungen verschickt. Mir war es wichtig, sehr schnell zu reagieren, da auch gerade die Organisationen aus meinen Zuständigkeitsbereichen direkt von den Maßnahmen des Nationalen Krisenzentrums betroffen waren. Zunächst haben wir entschieden, alle zugesagten Zuschüsse aufrecht zu erhalten und weiter auszuzahlen. Das schafft für die ersten Wochen erst mal Stabilität. Auch haben wir auf die Maßnahmen der



Isabelle Weykmans: „Nicht aus den Augen verlieren dürfen wir unsere Projekte, die wir bereits vor der Krise angestoßen haben.“
Foto: David Hagemann

Föderalregierung im Bereich Beschäftigung hingewiesen, auf die sie zurückgreifen können, um Kosten einzusparen und so auch auf die Möglichkeit, Gutscheine auszustellen, damit sie nicht zugunsten sind, alle bereits verkauften Karten zurückzuerstatten. Daneben haben wir zugesichert, dass wir die vom Arbeitgeber gezahlten Lohnausgleichzahlungen für die Mitarbeiter in Kurzarbeit ebenfalls in unsere Bezuschussung als annehmbare Ausgaben berücksichtigen. Gleichermaßen ist mir sehr wichtig, die Menschen am Ende der Kette nicht zu vergessen, nämlich jene, die auftreten, ausstellen oder produzieren sollten - also die Künstler, Techniker etc. Hier sollten die Veranstalter und Projektträger auch Ausfallhonorare zahlen mit den gewährleistetesten Zuschüssen unsererseits, um sich auch da solidarisch zu zeigen.

Wie geht es jetzt mit dem Projekt „Kultur macht Schule“ weiter?

Ich als Kulturministerin habe beschlossen, dass alle Künstler, die Projekte über „Kultur macht Schule“ bis Ende des Schuljahres hätten anbieten sollen, nicht auf ihren Kosten sitzen bleiben müssen, weil die Schule aktuell keinen Unterricht erteilt. Sollten die Schulen vor den Sommerferien wieder öffnen, haben sie sicher keine Zeit für diese Angebote. Deshalb haben wir alle Honorare und Kosten zu hundert Prozent ausgezahlt. Auch werden wir alle Amateurkunstvereine, Harmonien, Chöre, Ensembles, Theater etc. so unterstützen, dass wir die Auftrittsförderung auch hier

im vollen Umfang auszahlen, auch wenn ihre Auftritte wegen Corona nicht haben stattfinden können. Denn am Ende des Tages bringt es uns nichts, Kulturzentren und Veranstalter zu haben, wenn wir keine Künstler, keine produzierende Szene mehr haben.

Mit welchen Auswirkungen rechnen Sie für den Kultursektor?

Die Auswirkungen auf den Sektor werden mittelfristige und langfristige Folgen haben. Für unsere professionellen Ensembles ist die Situation sehr schwierig. Sie sind international anerkannt und aktiv, aber der Markt ist stumm. Es gibt keine Engagements, keine neuen Verträge. Für die neuen Produktionen proben, kann man aktuell auch nicht. Festivals fallen aus. Alles ist auf null. Das wird sich auch erst allmählich wieder aufbauen. Zudem sind unsere Kultureinrichtungen auch auf Eigeneinnahmen angewiesen, um ihrer Aktivität im vollen Umfang nachzugehen. Und diese fallen für einige Monate komplett aus. Aus diesem Grund haben wir vorgesehen, dass neben der Zuschussgarantie und den Liquiditätshilfen über den Coronafonds Soforthilfen ausgeschüttet werden, die in diesem Fall diese Einnahmefälle kompensieren können. In Kürze werden wir eine weitere Arbeitssitzung mit den Kulturakteuren abhalten, um die Arbeitsweise festzuhalten, wie wir an weiteren Maßnahmen arbeiten können, um das Kulturleben in einer weiteren Phase wieder aufzubauen. Eine Idee könnte ein „Voucher“-System sein, um Künstlern wieder Engagements zu

ermöglichen, mehr Projekt- und Produktionsmittel, etc.

Wie ist denn die Lage? Werden Kulturanbieter trotzdem auf der Strecke bleiben?

Die Lage ist angespannt. Wir setzen alles ein, was wir können und bleiben der starke Partner unseres Kultursektors mit dem Ziel, dass niemand wegen des Coronavirus auf der Strecke bleibt. Aber - und das ist etwas, wovon ich überzeugt bin - der Sektor wird sich verändern, an der Krise wachsen. Und, so hoffe ich, Neues kreieren und Neues gestalten. Und dann werden wir auch da sein.

Kommen wir zum Bereich Beschäftigung: Die DG befasst sich zurzeit mit einem zweiten Krisendekret, in dem es um Beschäftigungsfragen geht. Was ist konkret vorgesehen?

Letzte Woche haben wir unseren Vorschlag für das zweite Krisendekret mit den Sozialpartnern konzertiert. Am Dienstag haben wir diesen den Fraktionsvorsitzenden im Parlament vorgestellt und zur Diskussion gebracht. Ziel ist es, am 27. April dieses zweite Krisendekret in der Plenarsitzung zu verabschieden. Mit den vorgeschlagenen Beschäftigungsmaßnahmen verfolgen wir zwei Ziele: Zum einen wollen wir die Bestandsbeschäftigung, rund 880 Personen, für das geförderte Personal in den Privatbetrieben, der Solidarwirtschaft, den lokalen Behörden und den Einrichtungen des nicht kommerziellen Sektors erhalten. Zum anderen wollen wir Wieder-, bzw. Neubeschäftigung ab dem zweiten Halbjahr ermöglichen, da wir davon ausgehen

müssen, dass die Arbeitslosigkeit steigen wird. Um das zu erreichen, erhöhen wir die Mittel konsequent, allein in diesem Jahr um eine halbe Million und verdoppeln damit die Einstellungshilfen erst mal für eine Periode von sechs Monaten, die verlängerbar wäre bis zum kommenden Sommer.

Auch wären diese attraktiven Krisenprämien anwendbar auf eine erweiterte Zielgruppe, deren Umfang wir gemeinsam mit den Sozialpartnern definieren werden. Ebenfalls werden wir Fristen verlängern, um Betrieben und Auszubildenden mehr Zeit zu geben und die Unterstützung finanzieller Natur von der DG zu behalten. Außerdem wollen wir für die lokalen Behörden mehr Geld für die Beschäftigung bereitstellen, wie für die Interkommunalen wie Vivias und die OSZH, die gerade jetzt einen höheren Bedarf haben.

Wie kann die DG „ihrer“ Wirtschaft trotz eingegrenzter Kompetenzen helfen?

Auch wenn wir nicht zuständig sind, haben wir unmittelbar nach dem 12. März eine konsequente und direkte Informationsarbeit in deutscher Sprache über mein Kabinett gewährleistet. Alle relevanten Informationen haben wir in der Form aufgearbeitet, dass sie gebündelt und stets aktuell auf Ostbelgienlive.be abrufbar sind. Gleichzeitig haben wir diese Informationen über unsere Netzwerke mit den Wirtschaftsvertretern direkt an die Betriebe und Selbstständigen weitergeleitet. Das konnten wir durch unseren direkten Kontakt mit den zuständigen Ministern auf föderaler und wallonischer Ebene und durch die exzellente Zusammenarbeit des Fachbereichs Beschäftigung mit den föderalen Dienststellen wie dem Landesamt für Arbeitsbeschäftigung beispielsweise ermöglichen. Außerdem habe ich eine Task Force gegründet mit IHK, Arbeitgeberverband, Arbeitsamt, WFG und Mittelstandsvereinigung. Diese bearbeitet die Themen und Bereiche, wo unseres Erachtens noch Handlungsbedarf besteht. Das geben wir dann weiter an die Kabinette in der Wallonischen Region und an die föderale Ebene wie auch an die entsprechende Arbeitsgruppe in Brüssel. Eine sehr wichtige Arbeit. Auch haben wir beschlossen, mehr Mittel in unserem Investitionsprogramm vorzusehen - ähnlich wie 2009, um die regionale Wirtschaft zu unterstützen. Gerade das Baugewerbe leidet unter der Krise. Hier wollen wir ansetzen.

Was ist mit der Tourismusbranche?

Wir werden unsere touristische Destination Ostbelgien offensiv am Markt positionieren, um unser Gaststättengewerbe und den Tourismussektor so gut es geht zu unterstützen, indem wir die Touristen nach Ostbelgien locken. Wir haben hier eine wirkliche Chance, den Inlandstourismus, der stärker sein wird, gerade in diesem Jahr für uns zu nutzen. Dank der privaten und öffentlichen bedeutenden Investitionen der letzten Jahre haben wir einiges zu bieten und können neue Zielgruppen anziehen. Die Beschäftigungsmaßnahmen hatte ich ja bereits erwähnt, die auch für die Privatwirtschaft gelten.

